

Lichtbild

Antrag auf Einbürgerung

Bitte ankreuzen und ausfüllen. nichtzutreffendes mit „entfällt“ oder „nicht zutreffend“ kennzeichnen. Sollte der Platz bei einem Angabefeld nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem gesonderten Beiblatt fertigen.

Für Minderjährige ab 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage die deutsche Staatsangehörigkeit

1. Antragsteller <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich		Vermerke der Behörde	
Familienname (ggf. auch Geburtsname)			Eigename
Vorname(n)			Vatername(n)/Mittelname
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat		
Anschrift am Ort des dauernden Aufenthalts (PLZ, Wohnort, Straße und Hausnummer)			
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verpartnert <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> verwitwet			seit (Datum)
Datum und Ort der Eheschließung			
Frühere Ehen/Lebenspartnerschaften <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	von		bis
aufgelöst durch <input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten/ Lebenspartners		
2. Ehegatte / Lebenspartner			
Angaben nur, wenn <input type="checkbox"/> der Ehegatte oder Lebenspartner/in auch die Einbürgerung beantragt <input type="checkbox"/> die Einbürgerung als Ehegatte oder Lebenspartner/in eines/r Deutschen beantragt wird			
Familienname (ggf. auch Geburtsname)		Eigename	
Vorname(n)		Vatersname(n) / Mittelname	
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat		
Staatsangehörigkeit(en)		Deutsche/r seit	
3. Miteinbürgerung von Kindern			
(1)	Familienname oder Eigename	(2)	Familienname oder Eigename
Vorname(n), Vatersname(n) / Mittelname		Vorname(n), Vatersname(n) / Mittelname	
Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich	Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich
Geburtsort, Staat		Geburtsort, Staat	
Staatsangehörigkeit(en)		Staatsangehörigkeit(en)	
Im Haushalt lebend? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		Im Haushalt lebend? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	

(3)	Familienname oder Eigenname		(4)	Familienname oder Eigenname		
	Vorname(n), Vatersname(n) / Mittelname			Vorname(n), Vatersname(n) / Mittelname		
	Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich		Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich	
	Geburtsort, Staat			Geburtsort, Staat		
	Staatsangehörigkeit(en)			Staatsangehörigkeit(en)		
Im Haushalt lebend? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		Im Haushalt lebend? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		Weitere Kinder auf einem Beiblatt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		

Nur auszufüllen bei minderjährigen Antragstellern bzw. mit einzubürgernden Kindern

Das Sorgerecht liegt bei der Mutter dem Vater den Eltern gemeinsam

Das Sorgerecht beruht auf:

4. Status der Antragstellerin / des Antragstellers

derzeitige Staatsangehörigkeit		Volkszugehörigkeit	
<input type="checkbox"/> nicht belegt <input type="checkbox"/> belegt durch		durch Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, usw. gültig bis:	
Frühere Staatsangehörigkeit(en)		Verlustgrund:	
Asylantrag <input type="checkbox"/> gestellt <input type="checkbox"/> abgelehnt		besonderer Status: Anerkennung als <input type="checkbox"/> Flüchtling <input type="checkbox"/> Asylberechtigter	

5. Aufenthalt (Hier bitte Auslands- und Inlandsaufenthalte angeben.)

von	bis	in
Geburt		

6. Aktuelle Aufenthaltstitel

Niederlassungserlaubnis: <input type="checkbox"/> ja	
Aufenthaltsurlaubnis: <input type="checkbox"/> ja, gemäß §	gültig bis
andere Aufenthaltstitel / -rechte <input type="checkbox"/> ja	welche?

7. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache

<input type="checkbox"/> ja; belegt durch
<input type="checkbox"/> nein Gründe:

8. Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland	
<input type="checkbox"/> ja; belegt durch	
<input type="checkbox"/> nein	Gründe:

9. Eltern der Antragstellerin / des Antragstellers	
<input type="checkbox"/> leibliche Eltern <input type="checkbox"/> Adoptiveltern	
Vater	Mutter
Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigennamen	Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigennamen
Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelname	Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelname
Geburtsdatum	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Geburtsort, Staat
Familienstand zum Zeitpunkt Ihrer Geburt	Familienstand zum Zeitpunkt Ihrer Geburt
Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt Ihrer Geburt	Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt Ihrer Geburt

10. Straftaten im In- und Ausland			
Verurteilungen im In- und Ausland (Anzugeben sind auch Strafbefehle sowie Verurteilungen, die nicht in ein Führungszeugnis nach dem Bundeszentralregister aufzunehmen sind.)			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Datum:	Gericht/Behörde:
		Tatbestand:	Strafmaß:
		Wurde im Rahmen eines Urteils ein antisemitischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtender Beweggrund festgestellt?	
		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja (bitte Kopie des Urteils/der Urteile beifügen)
Anhängige Ermittlungsverfahren im In- und Ausland			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Datum:	Gericht/Behörde:

11. Wirtschaftliche Verhältnisse		
Ausgeübter Beruf	<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer <input type="checkbox"/> selbstständig <input type="checkbox"/> unbefristetes Arbeitsverhältnis	
	<input type="checkbox"/> befristetes Arbeitsverhältnis bis	Datum
Bruttoeinkünfte	Betrag in Euro	
Bezug von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungsart	Betrag in Euro
Sonstige Leistungen? z.B. Wohngeld, BAföG etc. <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungsart	Betrag in Euro
Haben Sie Familienangehörige, denen Sie zum Unterhalt verpflichtet sind?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
wenn ja, wem und in welcher Höhe?	Name	Betrag

Nur zu beantworten, wenn keine eigenen Einkünfte vorhanden sind	
Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, durch:	Name, Anschrift
Einkünfte Unterhaltspflichtiger <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag in Euro

12. Vermeidung von Mehrstaatigkeit
Mir ist bekannt, dass ab 27.06.2024 die Einbürgerung grundsätzlich unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit erfolgt. Es hängt ausschließlich vom Staatsangehörigkeitsrecht des Herkunftsstaates ab, ob die bisherige Staatsangehörigkeit verlorengeht.
Verbindliche Auskünfte zum Staatsangehörigkeitsrecht eines anderen Staates und zur dortigen Verwaltungspraxis können die zuständigen Behörden dieses Staates erteilen.
Eigene Bemerkungen:

13. Sonstiges	
Als Antragstellerin / Antragsteller versichere ich, dass ein Antrag auf Einbürgerung	
<input type="checkbox"/> bisher noch nicht gestellt wurde	
<input type="checkbox"/> am	bei folgender Behörde
mit dem Aktenzeichen	gestellt und wie folgt beschieden wurde:

14. Nur bei minderjährigen Antragstellern auszufüllen:			
Vor- und Familienname des Vaters			
Vor- und Familienname der Mutter			
Ehe der Eltern besteht noch:	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, aufgrund von: <input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod des Vaters/ der Mutter	
Die Vertretungsbefugnis liegt bei:	<input type="checkbox"/> Eltern <input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> Vater <input type="checkbox"/> sonstige:	und begründet sich auf (bitte Beleg beifügen)	<input type="checkbox"/> Sorgerecht <input type="checkbox"/> gerichtliche Anordnung

Richtigkeit der Angaben:

Ich versichere / wir versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Ich habe / wir haben Kenntnis genommen, dass falsche oder unrichtige Angaben zur Ablehnung oder zur Rücknahme der Einbürgerung führen können.

Einwilligung:

Ich erteile hiermit meine Einwilligung nach § 67 des Sozialgesetzbuches X, dass der zuständige Träger der Sozialhilfe, die Agentur für Arbeit und das Jugendamt zum Nachweis meiner Angaben befragt werden können.

Beziehung der Ausländerakte:

Zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen ist im Regelfall die Beziehung der Ausländerakte des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin erforderlich. In die Beziehung der Ausländerakte wird hiermit ausdrücklich eingewilligt.

Unterschriften	
Unterschrift(en) der Einbürgerungsbewerberin/ des Einbürgerungsbewerbers bzw. vor Vollendung des 16. Lebensjahres von der gesetzlichen Vertreterin / dem gesetzlichen Vertreter / den gesetzlichen Vertretern	
Ort, Datum	Unterschrift(en) (Einbürgerungsbewerber)
Ich / wir beantrage(n) (Kinder)	
<input type="checkbox"/> die Einbürgerung des unter Nr. 1 genannten Kindes	
<input type="checkbox"/> die Miteinbürgerung des/der unter Nr. 3 genannten Kindes / Kinder	
Ort, Datum	Unterschrift(en) (der/des gesetzl. Vertreter/s bei minderjährigen Kindern)
Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.	
Ort, Datum	Bezeichnung der Behörde Kreisverwaltung Donnersbergkreis -Staatsangehörigkeitsbehörde- Uhlandstraße 2 67292 Kirchheimbolanden
Kirchheimbolanden, den _____	Unterschrift und Amtsbezeichnung

Um eine bessere Erreichbarkeit bei Rückfragen zu gewährleisten bitten wir um Angabe Ihrer Kontaktdaten:

Telefonnummer: _____

Emailadresse: _____

Welche Unterlagen benötigen Sie für die Einbürgerung?

Anträge müssen persönlich abgegeben werden; bitte vereinbaren Sie hierfür einen Termin

- Antrag auf Einbürgerung mit aktuellem Passfoto *(die Unterschrift wird erst vor Ort geleistet!)*
- Erklärungen zum Antrag *(Erklärung Straffreiheit, Loyalitätserklärung, Erklärung zum Lebensunterhalt etc.)*
- Lebenslauf *(tabellarisch, mit schulischem und beruflichem Werdegang)*

Folgende Unterlagen sind in Kopie und zum Abgleich vor Ort, zusätzlich im Original vorzulegen:

Identitätsklärung

- Gültiger ausländischer Nationalpass** (auch abgelaufen), und/oder
- ausländischer Personalausweis** mit deutscher Übersetzung
- Gültiger Reiseausweis für Flüchtlinge / Ausländer / Staatenlose**
- Aufenthaltstitel** *Aufenthaltserlaubnis, Blaue Karte EU, ICT-Karte, Erlaubnis Daueraufenthalt EU, Niederlassungserlaubnis*
- vollständiger Bescheid über die Anerkennung als Asylberechtigter bzw. Flüchtling
- aktuelle **erweiterte** Meldebescheinigung
(erhältlich beim Einwohnermeldeamt Ihrer zuständigen Verbandsgemeindeverwaltung)

Personenstand

- Geburtsurkunde *internationale Urkunde oder ausländische Urkunde mit deutscher Übersetzung*
- Heiratsurkunde *internationale Urkunde oder ausländische Urkunde mit deutscher Übersetzung / Eheregisterauszug*
- Scheidungsurteil *von einem deutschen Gericht oder ausländische Entscheidung mit deutscher Übersetzung*

Sprache und staatsbürgerliche Kenntnisse

(Schulfach „Deutsch“ und „Politik und Wirtschaft“ mindestens Note ausreichend)

- Nachweis über ausreichende **Deutschkenntnisse**:
 - Bescheinigung über erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs nach dem AufenthG
 - Zertifikat Deutsch oder gleichwertiges Sprachdiplom (mind. Niveau **B1**)
 - Abschlusszeugnis einer deutschsprachigen Schule 9. Klasse oder höher
 - Abschluss eines Studiums an einer deutschsprachigen (Fach-)Hochschule
 - Abschluss einer deutschsprachigen Berufsausbildung
 - vier aufeinanderfolgende Versetzungszeugnisse einer deutschsprachigen Schule
- Nachweis über **staatsbürgerliche Kenntnisse**
(o.g. Schulabschlüsse oder Test „Leben in Deutschland“ LiD oder Einbürgerungstest 17/33 Punkten)

Einkommensverhältnisse *(aller Haushaltsangehörigen)*

- Arbeitsvertrag Arbeitsvertrag Arbeitgeberbescheinigung *ungek.Arb.verh.*
- Gehaltsabrechnung der letzten drei Monate
- Einkommenssteuerbescheid Finanzamt
- Rentenbescheid
- Bescheide/Nachweise über Sozialleistungen
(Arbeitslosengeld, Bürgergeld, Krankengeld, Wohngeld, BaFöG, GruSi, Pflegegeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, Kindergeld, Erziehungsgeld, UVG Unterhaltsvorschuss, BaB Berufsausbildungsbeihilfe)
- Sonstige Einkünfte z.B. *Einnahmen aus Kapitalerträgen, Mieteinnahmen, (Immobilien) im In- und Ausland*
- Vermögenswerte (Immobilien) im In- und Ausland*
- Unterhaltszahlungen
- Rentenversicherungsverlauf (aktueller)
- Krankenversicherungsschutz: *Mitgliedsbescheinigung der Krankenkasse*

Wohnverhältnisse

- Mietvertrag / Mietbescheinigung / alternativ: Kontoauszug über Miet- und Betriebskostenzahlung
- bei Wohneigentum: Grundsteuerbescheid

Miteinbürgerung minderjähriger Kinder (bis 16.Lebensjahr)

- Identitätsnachweis: ausländischer Pass / Reiseausweis / Aufenthaltstitel des Kindes
- Geburtsurkunde mit deutscher Übersetzung
- Namensänderung / Namensgebung
- aktuelle **erweiterte** Meldebescheinigung
- Pass und ggf. Aufenthaltstitel des Vaters **und** der Mutter
- Zustimmung zur Einbürgerung mit Unterschrift **beider** sorgeberechtigter Elternteile
- Nachweis über das alleinige Sorgerecht / Sorgerechtsbeschluss
- Bescheinigung: Kindergarten Schule letzte Zeugnisse _____
- Ausbildungsvertrag

Selbständige

- Einkommenssteuerbescheid des Finanzamtes
- Betriebswirtschaftliche Auswertung der letzten _____ Monate (ausgestellt vom Steuerberater)
- Krankenversicherungsschutz
- Nachweis über private Altersvorsorge z.B.: Kapital-LV, Immobilienbesitz
- aktuelle Bescheinigung über Renten-und Lebensversicherung
-

Einbürgerung als Ehegatte einer/eines Deutschen (§ 9 StAG)

- Nachweis über die deutsche Staatsangehörigkeit des Ehegatten
(Deutscher Personalausweis / Reisepass, ggf. Einbürgerungsurkunde oder Staatsangehörigkeitsausweis)
- Nachweis über Altersvorsorge des Ehegatten
(Rentenversicherungsverlauf / Rentenauskunft des Ehegatten oder sonstige Nachweise)
- Arbeitsvertrag des Ehegatten und Gehaltsabrechnungen der letzten 3 Monate
- aktuelle **erweiterte** Meldebescheinigung des Ehegatten

Selbstverständlich ist jeder Fall individuell. Dementsprechend kann es sein, dass die Vorlage weiterer Dokumente nachträglich gefordert wird.

Achtung:

- Fremdsprachigen Urkunden und sonstigen Unterlagen ist eine von einem öffentlich vereidigten oder anerkannten Dolmetscher gefertigte deutsche Übersetzung beizufügen. Zudem sind Personenstandsurkunden ggf. mit einer Apostille bzw. Legalisation zu versehen.

- die **erweiterte** Meldebescheinigung ist von jeder einzelnen einzubürgernden Person vorzulegen

Gebühren:

Die Gebühren werden im Laufe des Einbürgerungsverfahrens schriftlich angefordert

		EINBÜRGERUNG	ABLEHNUNG	RÜCKNAHME
Erwachsene	pro Person	255 €	255 €	127,50 €
Kinder (minderj.), bei Einbürgerung mit den Eltern	pro Kind	51 €	0 €	0,00 €
Kinder (minderj.)	bei eigenem Einkommen	255 €	255 €	127,50 €
Kinder ab dem 16.Lebensjahr	bei <u>nicht</u> gleichzeitiger Einbürgerung der Eltern	255 €	255 €	127,50 €

Erklärung zum Einbürgerungsantrag

Familienname/Geb.-name, Vorname(n)	Geb.dat.	Geburtsort:	Staatsangehörigkeit
wohnhaft in:			

1. Ich bin über die allgemeinen Voraussetzungen einer Einbürgerung informiert worden. ~~Mir ist bekannt, dass dazu grundsätzlich auch die Aufgabe oder der Verlust meiner bisherigen Staatsangehörigkeit gehört.~~
2. Über meine Verpflichtung zur Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren bin ich ebenfalls unterrichtet worden. Die für die Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Angaben werden von mir vollständig gemacht und mit geeigneten Nachweisen belegt. Dazu gehören insbesondere die Loyalitätserklärung und die Offenbarung von Verurteilungen wegen Straftaten und über strafrechtliche Ermittlungsverfahren im In- und Ausland. Soweit bei ggf. vorliegenden Verurteilungen im Rahmen des Urteils
 - antisemitische,
 - rassistische,
 - fremdenfeindliche
 - oder sonstige menschenverachtendeBeweggründe festgestellt wurden, habe ich dies im Antrag angegeben. Die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben und der zu ihrem Nachweis beigefügten Unterlagen wird von mir ausdrücklich versichert. Ich werde die mir zurückgegebenen Originalunterlagen bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahren.
Sämtliche Änderungen in meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben und jede Änderung meiner Adresse werde ich unverzüglich schriftlich mitteilen.
3. Mir ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Verwenden von falschen oder verfälschten Unterlagen zur Ablehnung des Einbürgerungsantrages und zur strafrechtlichen Verfolgung führen können. Mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz).
Sofern dies erst später entdeckt werden sollte, kann dies zur Rücknahme der Einbürgerung führen.
4. Mir ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Antrags Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt derzeit 255 Euro pro Person; werden minderjährige Kinder mit einem sorgeberechtigten Elternteil eingebürgert, beträgt die Einbürgerungsgebühr pro Kind 51 Euro. Auch die Ablehnung oder Rücknahme des Antrags ist grundsätzlich kostenpflichtig. Die Verwaltungsgebühr wird in einem gesonderten Gebührenbescheid im Laufe des Verfahrens gefordert.

Ort, Datum

(Unterschrift)

**Unterrichtung über die Verarbeitung personenbezogener Daten
im Einbürgerungsverfahren**

Familienname/Geb.-name, Vorname(n)	Geb.dat.	Geburtsort:	Staatsangehörigkeit
wohnhaft in:			

Für die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages werden Daten benötigt, die zu Ihrer Person bei anderen Behörden vorhanden sind. Um die Voraussetzungen nach §§ 8-10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes prüfen zu können, werden in allen Einbürgerungsfällen Auskünfte bei

- der **Ausländerbehörde**
- dem **Bundeszentralregister**
- dem **Ministerium für Inneres und Sport als Verfassungsschutzbehörde**,
- bei der **örtlichen Polizeidienststelle** und
- bei der **Staatsanwaltschaft** eingeholt.

Es handelt sich dabei um Erkenntnisse über Straf- und Ermittlungsverfahren, über verfassungsfeindliche oder extremistische Betätigungen und das Vorliegen von ausländerrechtlichen Ausweisungsgründen, bei der Ausländerbehörde um Angaben zu Dauer und Rechtsgrundlage Ihres Inlandsaufenthaltes.

Zur Einholung dieser Informationen sind die Einbürgerungsstellen gesetzlich ermächtigt. Die Ermächtigung gilt auch für weitere Auskünfte, die zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich sind; hiervon machen die Einbürgerungsstellen nur Gebrauch, wenn und soweit es nach den Umständen des Einzelfalles nötig ist.

In Betracht kommen Auskünfte

- der Meldebehörden über Wohnungsmeldungen,
- der Staatsanwaltschaften und Gerichte zu Strafverfahren,
- des Amtsgerichts über Eintragungen im Schuldnerverzeichnis.

Sollten zur Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages Auskünfte der Agentur für Arbeit, des Finanzamtes oder der Sozialbehörden zu Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen benötigt werden, werden die erforderlichen Angaben aufgrund Ihrer auf dem Antragsformular zur Einbürgerung erteilten Einwilligung erhoben.

Ihre personenbezogenen Daten werden für das Einbürgerungsverfahren in einer automatisierten Datei bei der Einbürgerungsstelle gespeichert. Diese Datei wird ausschließlich verwaltungsintern zur automatisierten Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages benutzt.

Von der vorstehenden Unterrichtung habe ich Kenntnis genommen:

Ort, Datum

Unterschrift

INFORMATIONEN**Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Loyalitätserklärung****Freiheitliche demokratische Grundordnung**

Die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreterinnen und Vertreter ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret?

Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Deutschland. In diesem Begriff werden die Wertvorstellungen des Grundgesetzes zusammengefasst. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

• Achtung der Menschenrechte

Hierzu gehört das Recht jedes Menschen auf Leben, körperliche Unversehrtheit, freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und Gleichbehandlung wie z.B. den Zugang zu Informationen, Bildung und Beruf, Recht auf freie Meinungsäußerung, Freiheit des Glaubens. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat hat die Grundrechte jeder und jedes Einzelnen zu schützen, auch gegen andere Menschen, Vereinigungen und Organisationen. Jede und Jeder hat auch das Recht sich gegen Beeinträchtigungen durch den Staat zu wehren.

• Demokratie und Volksherrschaft

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk bestimmt in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen Vertreterinnen und Vertreter in Europa, im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der Ebene wahr für die sie gewählt wurden und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

• Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlament), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

• Rechtsstaatsprinzip

Dieses Prinzip gewährleistet die Bindung der Parlamente an die verfassungsmäßige Ordnung und von Regierungen, Verwaltungen und Rechtsprechung an Gesetz und Verfahrensregelungen Rheinland-Pfalz – Anlage 1a (Stand 2021) 2 Recht. Maßnahmen die in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen benötigen grundsätzlich eine gesetzliche Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt. Jeder Bürgerin und jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

• Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie dürfen von Regierungen und Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind bei der Rechtsanwendung nur ihrem Gewissen verpflichtet. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat Anspruch auf einen fairen Prozess.

• **Mehrparteiprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien**

Wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen umzusetzen. Gründung, Bestand und Arbeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteiprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

• **Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition**

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition in ihrer Arbeit nicht behindern.

Für Ihre Einbürgerung ist es wichtig, dass Sie die Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen dabei noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch, dass

- Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen und auch nicht unterstützt oder verfolgt haben, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten,
- Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder eines seiner Bundesländer gerichtet sind,
- Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Bundes oder eines Landes nicht behindern werden und behindern werden und
- Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen

BO-Liste 2024

Liste extremistischer Organisationen

Linksextremismus:

Anarchisten („Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU), Graswurzelbewegung)

Autonome / antifaschistische Gruppierungen

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

„Internationale Sozialistische Organisation“ (ISO)

„Interventionistische Linke“ (IL)

„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)

„Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

„Perspektive Kommunismus“ (PK)

„REVOLUTION“ (REVO)

„Rote Hilfe e.V.“

„Sozialistische Alternative Voran“ (SAV)

„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

„... ums Ganze! - kommunistisches Bündnis“ (uGB)

Islamismus:

- „al-Qaida“
- „Ansaar International“
- „Ansar al-Islam“
- „Al-Shabab“
- „DawaFFM“
- „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) / „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD)
- „Die wahre Religion“ (DWR) / Lies-Stiftung
- „Erbakan Vakfi“ (Erbakan-Stiftung)
- „Furkan Gemeinschaft“ („Furkan Vakfi“)
- „Generation Islam“ (GI)
- „Globale Islamische Medienfront“ (GIMF)
- „Hai'at Tahrir as Sham“
- „HAMAS“ / „Islamische Widerstandsbewegung“
- „Hezb-e Islami Afghanistan“ (HIA)
- „Hizb Allah“ (Partei Gottes)
- „Hizb ut-Tahrir“ (HuT)“ (Befreiungspartei)
- „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)
- „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)
- „Islamischer Staat“ (IS)/ „DAESH“ / „DAISH“
- „Ismail Aga Cemaati“ (IAC)
- „Der Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti)
- „Islamistische Nordkaukasische Szene“ / „Kaukasisches Emirat“
- „Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD)
- „Muslimbruderschaft“ (MB)
- „Muslim Interaktiv“ (MI)
- „Palästinensischer Islamischer Jihad“ (PIJ)
- „Realität Islam“ (RI)
- „Saadet Partisi“ (SP)
- „Salafismus“
- „Taliban“
- „Tabligh-i Jamaat“ (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission)
- „Tschetschnische Republik Itschkeria“ (CRI)
- „Türkische Hizbullah“/ „Hizbullah Cemaati“

Sonstiger Extremismus mit Auslandsbezug:

Türkei

„Arbeiterpartei-Kurdistan“ (PKK) mit Neben- und beeinflussten Organisationen

„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

Ulkcü-Bewegung („Graue Wölfe“) einschließlich „Föderation der Türkisch-

Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF), „Föderation der

Weltordnung in Europa“ (ANF) und „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine

in Europa e.V.“ (ATIB e.V.)

„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)

„Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP)

„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)

Indien

„International Sikh Youth Federation“ (ISYF)

„Babbar Khalsa International“ (BKI)

„Babbar Khalsa Germany“ (BKG)

Israel und palästinensische Gebiete

„Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)

„Samidoun“, „Samidoun Deutschland“, „Hirak e.V.“, „HIRAK – Palestinian Youth

Mobilization Jugendbewegung (Germany)“

Rechtsextremismus:

„Kameradschaft Rheinhessen“

„Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) mit ihrer örtlichen Regionalgruppe:

- „Revolte Rheinland“

„Ein Prozent e.V.“

„Combat 18“ (C 18)

„Kameradschaft Nationaler Widerstand Zweibrücken“

„Die Heimat“, ehemals: „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) mit ihren Unterorganisationen:

- „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

- „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV)

- „Ring Nationaler Frauen“ (RNF)

Partei „Der III. Weg“

Partei „DIE RECHTE“

„Junge Alternative für Deutschland“ (JA) (Jugendorganisation der AfD)

„Der Flügel“ (zwischenzeitlich offiziell aufgelöste Strömung innerhalb der AfD)

„Neue Stärke Partei“

„UNITER“

„Hammerskins“ / „Hammerskin Nation“ (HSN)

„Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft
wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. (AG-GGG)“

„Reichsbürger und Selbstverwalter“:

„Staatenbund Deutsches Reich“

- „Freistaat Preußen“
- „Volksstaat Bayern“ (ehemals „Bundesstaat Bayern“)

„Verfassunggebende Versammlung“ (VV)

„Bismarcks Erben“

„Vaterländischer Hilfsdienst“ / „Ewiger Bund“

„S.H.A.E.F.“

„Königreich Deutschland“ (KRD)

„Indigenes Volk Germaniten“

Sonstiger Extremismus:

Scientology-Organisation (SO)

BEKENNTNIS

zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

BEKENNTNIS

zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens

LOYALITÄTSERKLÄRUNG

keine Verfolgung oder Unterstützung verfassungsfeindlicher (extremistischer) Bestrebungen

Familienname/Geb.-name, Vorname(n)	Geb.dat.	Geburtsort:	Staatsangehörigkeit
wohnhaft in:			

1. **Ich bekenne mich** zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

- a. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e. die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f. den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- g. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- h. dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.

2. **Ich bekenne mich** außerdem

- a. zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
- b. zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

3. **Ich erkläre**, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
- a. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b. eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c. durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe.

Ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Kirchheimbolanden,

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Bearbeitungsvermerk der Behörde

Der /Die Antragsteller/in hatte Gelegenheit, Fragen zu stellen.

- Fragen sind nicht gestellt worden.
- Fragen sind gestellt und beantwortet worden.

Die vorstehende Erklärung ist

- in meiner Gegenwart von dem/der Antragsteller/in unterzeichnet worden.
- schriftlich eingereicht worden.

Bemerkungen:

Kirchheimbolanden, den

(Ort, Datum)

i.A.:

(Staatsangehörigkeitsbehörde)

Erklärung Straftaten

Familienname/Geb.-name, Vorname(n)	Geb.dat.	Geburtsort:	Staatsangehörigkeit
wohnhaft in:			

Obige Person gibt folgende Erklärung ab:

„Ich erkläre hiermit, dass ich **nicht** wegen einer rechtswidrigen, antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen oder sonstigen menschenverachtenden Tat im Sinne von § 46 Abs. 2 S. 2 des Strafgesetzbuches zu einer Freiheits-, Geld- oder Jugendstrafe verurteilt wurde und ein solcher Beweggrund im Rahmen des Urteils festgestellt worden ist.“

Ort, Datum

Unterschrift

Erklärung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes

Hiermit erkläre ich,

Familienname/Geb.-name, Vorname(n)	Geb.dat.	Geburtsort:	Staatsangehörigkeit
wohnhaft in:			

- dass ich den Lebensunterhalt für mich und meine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen **ohne Inanspruchnahme** von
- Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld)
oder
 - Leistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII – Sozialhilfe)
- bestreiten kann

ODER

- dass ich Leistungen nach oben genannten SGB II oder SGB XII beziehe.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Wie bereits im Einbürgerungsantrag bestätigt, habe ich gemäß § 67 SGB X die Einwilligung erteilt, dass der zuständige Träger der Sozialhilfe und das zuständige Jobcenter zum Nachweis meiner Angaben befragt werden können.

Ort, Datum

Unterschrift

